Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich zweimal, Montags als Morgenausgabe. Der Bezugspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 5,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Bestellungen werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin bestellt man bei den Zeitungsspeditoeuren und bei der Geschäftsstelle der Zeitung.

Berlin SW 48, Wilhelmstraße 32.

Fernsprecher: Schriftleitung: Amt Lützow 3394. Geschäftsstelle: Amt Lützow 3248.

Postscheckkonto: Berlin 25139.

Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle der Zeitung und alle Anzeigenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Nonpareillezeile und von Mark 1,50 für die viergespaltene Maßreklamezeile entgegen. Zuschriften für den Anzeigenteil sind an die Geschäftsstelle, für den redaktionellen Teil an die Schriftleitung zu richten. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 93. [56. Jahrgang.] Mittwoch den 4. April 1917. Zweite Ausgabe. [56. Jahrgang.] Nr. 93.

Berlin, den 3. April.

Der Krieg.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 3. April 1917, abends. (W. T. B.)

Im Westen lebhafte Gefechtstätigkeit südwestlich von St. Quentin und nordöstlich von Soissons, im Osten am mittleren Stochod.

Der Wiener amtliche Bericht.

Wien, 3. April. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

An der Bystrzyca—Solotwinska scheiterten Vorstöße russischer Aufklärungstruppen. Nördlich des Dnjestr stellenweise erhöhte russische Geschütztätigkeit.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Kampfbegebenheiten.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oestlich des Ochridasees drangen unsere Truppen in feindliche Gräben ein und brachten Gefangene zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Zur Kriegslage im Westen.

Berlin, 3. April. Trotz Wind und Regenschauern war die Fliegertätigkeit an der Westfront rege. Die deutsche Ueberlegenheit in der Luft, die in erster Linie eine solche der Flugzeugführer und Beobachter ist, erhellt nicht nur aus der Zahl der neuerdings wieder abgeschossenen Flugzeuge, sondern auch aus der erfolgreichen Durchführung der eigenen und der Abwehr der feindlichen Luftaufklärung. So wurden durch Flieger Ansammlungen starker englischer Infanteriemassen in den Mulden bei Savy und Roupy festgestellt und daraufhin unter Vernichtungsfeuer genommen. Gefangene schildern die Verluste als außerordentlich schwer. Der Angriff, der bereits durch Artilleriefeuer eingeleitet war, unterblieb. Des weiteren wurden an der ganzen Front zwischen Arras und Soissons englische und französische Erkundungsvorstöße, die zum Teil von starken Kräften unternommen wurden, blutig abgeschlagen. So mußten sich die Gegner bei Bourfies, sowie südlich des Omignonbaches zurückziehen. Gegen die Linie Francilly—Dallon griffen Engländer und Franzosen gemeinsam mit starken Kräften an. Sie erlitten durch Artilleriefeuer und im Nahkampfe große Verluste. Ebenso scheiterten wiederholte Angriffe gegen Epine de Dallon. Nicht besser gelangen die in den Abendstunden und während der Nacht versuchten Vorstöße. Angriffe beiderseits der Straße Bapaume—Cambrais und bei Neuville scheiterten in gleicher Weise wie ein dreimaliger Angriff nördlich Epehy. Das gleiche Schicksal teilte ein Angriff auf Ronssoy, sowie Angriffe bei Le Verquier, die nach starker Artillerievorbereitung angesetzt wurden.

Kampfpause in Ostafrika.

In dem englischen Funkspruch von Carnarvon vom 1. April 1 Uhr vormittags berichtet der Oberbefehlshaber in Ostafrika, daß seit der Regenzeit die klimatischen Verhältnisse besonders in der Küstengegend jede ausgedehnte Tätigkeit verbieten. Diese Uebelstände würden dazu benutzt, die britischen Streitkräfte neu zu ordnen, die Transportverhältnisse für die zukünftige Kriegführung umzugestalten und die Eisenbahnen und die Wege zu erneuern, die von den deutschen Streitkräften bei ihrem Rückzuge zerstört wurden. Diese Meldung ist in Verbindung mit den Nachrichten aus Südafrika, die von schwersten Verlusten des Expeditionskorps sprechen, ein glattes Eingeständnis des völligen Mißlingens des britischen Angriffes auf die deutsche Kolonie, deren endgültige und vollständige Eroberung bereits für das vergangene Jahr fest in Aussicht gestellt wurde.

Unangebrachte Entrüstung.

Die feindliche Presse unterstützt die Proteste der französischen Regierung gegen die Sprengung der Schloßruine von Coucy durch die Deutschen mit wilden Zornausbrüchen. Auf einmal soll diese Ruine einzigartiger kulturgeschichtlicher Wert haben. Vorher war sie in Frankreich selbst herzlich wenig bekannt. Das große französische Konversationslexikon widmet ihrer Beschreibung ganze zehn kleine Zeilen. Der unangebrachten Entrüstung der feindlichen Presse gegenüber mag an folgende geschichtlichen Tatsachen erinnert sein:

„Die Ruine Schloß Coucy", auf steiler, dichtbewaldeter Bergkuppe gelegen, bot vom Hauptturm aus einen weiten Rundblick über die Landschaft, über Soissons und Saint Quentin hinaus. Die Vorwerke, Türme, Mauern, die sich an steiles Abhänge lehnen, machen die Anlage zu einem außerordentlich starken Festungswerk und geben ihr den Charakter einer Zitadelle. Der Umfang und die Art der Mauer- und Erdwerke machen das Werk auch gegen schwere Artillerie widerstandsfähig. In den Kasematten, die sich unter dem Burgberg hinziehen, konnten mehrere Tausend Mann untergebracht werden.

Die Beseitigung dieses Festungswerks war demnach ein militärisches Erfordernis.

Die Reden über „Vernichtung eines kulturhistorischen Bauwerks" sind aber auch in jeder Hinsicht unbegründet. Die ehemals französische Burg ist von den Franzosen selbst zerstört worden. Als nach dem Tode des Kardinals Richelieu der französische Adel seine unabhängige Stellung gegenüber dem Königtum zu befestigen unternahm, gab der Minister des Königs Ludwig XIII., Kardinal Mazarin, den Befehl, die Burg Coucy le Château gleich vielen anderen Burgen von Grund aus zu zerstören. Was von der Burg übrig war, waren nur stolze Trümmer, Kaiser Napoleon III. hatte Viollet le Duc beauftragt, die Möglichkeit der Wiederherstellung der Burg zu untersuchen. Viollet le Duc wollte dieselbe, ebenso wie jene des Schlosses Pierrefonds bei Compiègne übernehmen, aber er berechnete die Kosten auf 6 Millionen Frank. Der Kaiser verzichtete deshalb auf den Gedanken. Seitdem hat kein Mensch, außerhalb der Kreise, die sich mit Geschichte befassen, an Coucy le Château gedacht.

Es geht aus diesen Tatsachen hervor, daß Coucy le Château nicht von den Deutschen, sondern von den Franzosen, auf Befehl des Kardinals Mazarin, zerstört worden ist; aus ganz denselben Gründen (Mazarin verhinderte, daß die Burg zu einem Stützpunkt der Feinde wurde), aus denen die Deutschen die Trümmer der Burg beseitigt haben.

Die Zentralmächte und Rußland.

Berlin, 3. April. Die bulgarische Zeitung „Kambana" meldet: Aus Petersburg liegt die Meldung vor, daß die Stellung der extremen Republikaner und Friedensfreunde im Kabinett durch die englischen Einflüsterungen, daß die Zentralmächte eine neue Offensive gegen Rußland vorbereiteten, erschwert sei. Werde das englische Manöver erkannt, so würden die in Rußland heute maßgebenden Kreise durchsetzen, daß der faktisch bestehende Waffenstillstand an der russischen Front fortdauere, damit das russische Volk die Wahlen für die konstituierende Versammlung vornehmen könne, in der die Frage Krieg oder Frieden entschieden wird. Angesichts dieser Lage der Dinge erlangen die von dem Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern abgegebenen Erklärungen eine ungewöhnlich große Bedeutung. Auch in diesem Falle stellen sich die Zentralmächte als Förderer der Freiheit und Demokratie heraus, während die Engländer, die auf der Fortdauer des Krieges bestehen, die Völker immer in neues Unglück stürzen.

Zur Kanzlerrede.

Kopenhagen, 2. April. „Politiken" schreibt zur letzten Kanzlerrede: Die russische Revolution bildete den Hintergrund für beide Teile der Kanzlerrede. Klar und stark trat der Friedensgedanke hervor durch die Erklärung, daß Deutschland keinen höheren Wunsch habe, als daß Rußland ein sicheres Bollwerk für den Frieden werde, und daß das russische Volk deutscherseits nicht die geringste Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu befürchten brauche. Der Kanzler erkannte damit in bestimmten unzweideutigen Worten die neuen Zustände in Rußland an.

Die Lage in Rußland.

Amsterdam, 3. April. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung werden nach dem allgemeinen Wahlrecht stattfinden. Dies ist aber mit technischen Schwierigkeiten verbunden, da die Wählerlisten unvollständig sind. Die Ausschreibung der Wahlen würde ungefähr auf dasselbe hinauslaufen, wie die Anordnung einer Volkszählung. Außerdem muß man auf das Wahlrecht der im Felde stehenden Soldaten Rücksicht nehmen.

Amsterdam, 3. April. Das „Algemeen Handelsblad" meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Arbeiter der Putilowwerke haben sich bereiterklärt, die Arbeit mit Rücksicht auf die vom Feinde drohende Gefahr fortzusetzen. In einer Versammlung der Arbeiter wurden die früher geltenden Arbeitsbestimmungen ergänzt und die Einführung des Achtstundentages, sowie die Einhaltung der Festtage im Prinzip verlangt. Dieses Prinzip soll in der ganzen russischen Industrie durchgeführt werden mit der ergänzenden Bestimmung, daß Ueberstunden, die extra bezahlt werden müssen, in allen Fabriken, die zur nationalen Kriegsindustrie gehören, gestattet sein sollen.

Stockholm, 3. April. Laut „Dagens Nyheter" hat der Petersburger Stadtrat die Mitteilung erhalten, daß man in diesen Tagen ein Gesetz erwarten könne, das das während des Krieges erlassene Alkoholverbot für dauernd erklärt. Nach der gleichen schwedischen Zeitung soll in Rußland der julianische Kalender eingeführt werden. In Finnland hat der Senat am Sonnabend einen Ausschuß zur Beratung der wichtigsten Verbesserungsvorschläge zur Verfassung eingesetzt. Der neue von Petersburg aus ernannte Generalgouverneur von Finnland Stachowitsch traf, wie „Svenska Dagbladet" berichtet, Mittwoch in Helsingfors ein und wurde dort feierlich empfangen.

Amsterdam, 3. April. Aus Petersburg wird gemeldet, daß ein Plan für eine Veränderung der Persönlichkeiten der Heeresleitung bereits entworfen ist. Die Notwendigkeit großer und tiefgreifender Veränderungen wird allgemein zugegeben. Viele Offiziere sind, nachdem die Mannschaften darüber abgestimmt hatten, entlassen worden. Die Gründe waren teils Unfähigkeit, teils reaktionäre Gesinnung, teils ihr deutscher Name.

Amsterdam, 3. April. „Algemeen Handelsblad" meldet aus Petersburg vom 2. April: Die Petersburger Garnison hat bekannt gemacht, daß alle Soldaten und Offiziere, die nicht in bestimmter Frist ihrem regelmäßigen Regimentsdienst wieder aufnehmen, als Parteigänger des alten Regimes und als Landesverräter zu betrachten seien.

Bern, 3. April. Der Petersburger Mitarbeiter des „Corriere della Sera" brachtet, daß die Zusammenkunft der provisorischen Regierung mit der Heeresoberleitung die Prüfung der mit dem Krieg zusammenhängenden internationalen Fragen, sowie besonders der neuen inneren Lage Rußlands bezwecke und von großer Wichtigkeit sei.

Eine englische Stimme.

T. d. A. Berlin, 3. April. A. G. Gardiner schreibt in den „Daily News":

Ich male nicht gern schwarz in schwarz, aber wenn wir uns nicht bemühen, die Absichten der Deutschen gegen uns zu ergründen, gehen wir unserer Vernichtung entgegen. Sterben wir nicht unsere Köpfe in den Sand? Carson erklärte, von jetzt ab die volle Wahrheit über die Wirkung des deutschen U-Bootkrieges sagen zu wollen, und statt dessen verschweigt er noch unendlich viel mehr als früher. Darf man die Nation mit verbundenen Augen ins Unglück laufen lassen? In unserer Unwissenheit bekümmert wir uns weder um das Ernährungsproblem, noch um die Schiffsraumfrage. Jede Werft sollte Schiffe bauen, und alle dafür nötigen Arbeiter müßten unbedingt herbeigeschafft werden. Auch dann bleibt die Lage noch fortdauernd beunruhigend, da die Wirkungen dieser Maßnahmen erst in Monaten eintreten können. Lord Devonports Aufruf zu freiwilliger Verbrauchsbeschränkung hat mehr geschadet als genützt, den Verbrauch von Fleisch eingeschränkt, den des Brotes aber erhöht. Dabei ist gerade das Brot bei uns knapp. Jetzt sollen auch noch unsere Hausbaltsvorräte kontrolliert werden. Erkannt man nicht, daß nur durch gerechte Einteilung der Lebensmittel Wandel zu schaffen ist?

Reden auf der britischen Reichskonferenz.

London, 2. April. General Smuts hob weiter in seiner bereits gemeldeten Rede die Grundsätze der Gleichheit und Freiheit hervor, auf denen das englische Reich beruhe, im Gegensatz zu Deutschland, das noch immer Macht für Recht halte, und sagte:

Von den Enden Asiens bis zum anderen Ende der Welt sehen wir die ganze Welt gegen Deutschland stehen; wenn die Vereinigten Staaten heute den Krieg gegen Deutschland nicht beginnen, so werden sie es morgen tun müssen. Wenn wir weiter unseren Ausgangspunkt von unseren erhabenen Grundsätzen nehmen, dann ist Deutschland schon jetzt moralisch und politisch geschlagen. Unsere Lage ist allerdings schwierig, und ich verhehle nicht, daß schwere Aufgaben vor uns liegen. Deutschland kann nicht mehr lange aushalten und wird den Höhepunkt seiner Leistungen in diesem Sommer erreichen. Seine U-Bootsleistungen mahnen uns zur Vorsicht, aber ich bin überzeugt, sie werden den Krieg nicht zu Ende bringen; sie werden uns Widerwärtigkeiten verursachen, aber keine Niederlage beibringen. Ich meine vielmehr, wir werden in diesem Sommer den Mißerfolg der Unterseebootsbedrohung erleben und früher, als die meisten denken, abermals von Frieden reden hören. Durch den Geist, den ich hier gefunden habe, fühle ich mich stark ermutigt: er ist das Unterpfand für den sicheren großten Triumph.

Der kanadische Premierminister Borden sagte:

Wenn irgend jemand von uns mutlos ist, so möge er zu Vertrauen schöpfen bei den Männern in den Schützengräben. Wenn ihm einen Augenblick das Herz schwach wird, so möge er zu den Verwundeten im Hospital gehen, um sich wieder aufzurichten. Die Deutschen fechten verzweifelt in dem von ihrer militärischen Autokratie hervorgerufenen und genährten Glauben, daß wir Deutschland zu zerschmettern und seiner nationalen Existenz ein Ende zu machen beabsichtigen. Keine solche Absicht hat jemals bei dem britischen Volke bestanden. Aber das deutsche Volk muß, bevor der Krieg endet, belehrt werden, daß ein militärischer Angriff weder ein rechtmäßiges noch ein vorteilhaftes Unternehmen ist, daß eine Weltherrschaft unmöglich ist und daß Verträge geheiligt sind, sowie daß das christliche Gewissen der Welt die schrecklichen Methoden der Barbarei nicht dulden will. Möge Deutschland sein Haus so in Ordnung bringen, daß man sich auf die Veränderung seiner Zwecke und Ziele verlassen kann, möge es das Uebel wieder gutmachen, das es angerichtet hat, und entsprechende Bürgschaften für die Zukunft geben. So, aber nicht anders kann es Frieden haben.

Aus Frankreichs Nöten.

Bern, 3. April. Wie Lyoner Blätter aus Paris melden, richtete in der gestrigen Kammersitzung der Deputierte Siegfried eine Anfrage an den Handelsminister über das Einfuhrverbot, dessen Wirkungen auf den Handel Frankreichs katastrophal seien. Man hätte besser getan, kein allgemeines Einfuhrverbot zu erlassen, sondern einzig Luxusartikel besonderen Verordnungen zu unterwerfen. Handelsminister Clementel hat sich für die Antwort Zeit aus.

Die Kammer erörterte sodann den Gesetzesantrag bezüglich der Festsetzung von Höchstpreisen von Getreide.

Der Berichterstatter des Ausschusses Boret verlangte, daß die in großer Zahl eingelaufenen Zusatz- und Gegenanträge an den Ausschuß zurückverwiesen würden. Boret forderte die Regierung auf, sich klar zu äußern, was sie gegen jene Landwirte zu unternehmen gedenke, die große Getreidevorräte aufgestapelt und nicht angemeldet hätten.

Ackerbauminister Fernand David erwiderte, die Landwirte würden von den neuen Höchstpreisen keinen Vorteil haben, sondern das Getreide würde zum alten Preise beschlagnahmt werden.

Verschiedene Abgeordnete, darunter Navarre, warfen der Regierung vor, ihre Gesetzesanträge seien unwirksam. Man müsse Gewißheit haben, daß nunmehr alle versteckten Vorräte zum Vorschein kämen.

Der Ackerbauminister bekonte, die Regierung werde auch über die Mühlen eine scharfe Kontrolle ausüben.

Violette erklärte sodann, daß die Gemeinden des Departements Haute-Saône eine Zeitung nicht mit Lebensmitteln versorgt werden könnten, da es unmöglich gewesen wäre, zu den alten Höchstpreisen Getreide zu bekommen. Er habe darauhhin die Beschlagnahme angeordnet. Navarre erklärte noch, die Getreidebesitzer würden die Vorräte nicht zu 40 Franken für den Doppelzentner herausgeben, da sie gewiß seien, 50 bis 60 zu erhalten.

David erwiderte, man brauche nur den Versuch zu machen, die Höchstpreise abzuschaffen, man würde sehen, wie dann die Preise in die Höhe schnellen. Navarre forderte die Kammer auf, das Gesetz nicht zu erörtern, sondern die Regierung zu zwingen, Energie gegen diejenigen zu zeigen, die mit dem Elend des Volkes spekulieren.

Wiederholt brachten die Redner zur Sprache, die jetzige Regierungspolitik sei durchaus ungenügend. Schließlich griff sogar Ministerpräsident Ribot in die Debatte ein und erklärte, die Festsetzung des Höchstpreises sei unwirksam. Es sei jedoch besser, im jetzigen Antrage einen Höchstpreis nicht festzulegen, sondern es der Regierung zu überlassen, an der Hand eines Gesetzes je nach der Konjunktur die Preise jeweilig festzusetzen. Man müsse die Preissteigerung auf allen Gebieten jeweils in Erwägung ziehen und auch die Frage der Futtermittel nicht aus dem Auge lassen. Er gebe zu, daß die Frage der Getreideversorgung sehr ernst sei und nach dem Friedensschluß noch ernster werden würde. Er bezweifle nicht, daß man die nächste Ernte erreichen werde, nur wisse er nicht, wieviel Getreide sich in Frankreich befinde. Deshalb müsse die Regierung auf die Einführung der Anmeldepflicht bestehen. Es sei deshalb nicht notwendig, daß das Gesetz, wie es verschiedene Deputierte vorgeschlagen hätten, an den Ausschuß zurückgehe.

Nach dieser versteckten Stellung der Vertrauensfrage ging die Kammer zur Aussprache über den Gesetzesartikel über. Vor Schluß der Sitzung gab der Arbeitsminister Bourgeois eine Erklärung über den Wiederaufbau der augenblicklich besetzten Gebiete ab und erklärte, die Regierung beschäftige sich jetzt schon eingehend mit der Lösung dieser für die Entwicklung Frankreichs äußerst wichtigen Frage.

Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 2. April.

Wir haben die Dörfer Francilly-Selency, Selency und Holnon genommen und haben 50 Gefangene und 2 leichte Maschinengeschütze erbeutet. Wir sind jetzt zwei Meilen von St. Quentin entfernt. Feuer haben wir den St. Quentinwald genommen, sowie Templeux le Guard und Auclette Ferme, zwei Meilen von Peuvecourt. Gestern haben wir auf einer Front von 10 Meilen Reihen von stark gehaltenen Schützengräben, die einen Teil der feindlichen vorgeschobenen Linie zwischen Bapaume und der Straße Cambrai—Arras bildeten, angegriffen und genommen. Bei diesem Unternehmen, dem der Feind heftigen Widerstand entgegensetzte und wobei er schwere Verluste erlitt, haben wir die Dörfer Doignies, Louverval, Doeuil, Longatte, Ecoust, Vraucourt und Croisilles eingenommen und 152 Gefangene gemacht.

Englischer Bericht aus Mesopotamien: Wir haben am 31. März Deli Abbas, drei Meilen südwestlich Kizilrobat besetzt.

Russischer Bericht vom 2. April.

Westfront: Feuerwechsel und Aufklärungstreifen. In dem Dorf Kocherjsk, nordöstlich von Brzeny, verursachte unser Artilleriefeuer augenscheinlich Brände und Explosionen von Munitionslagern.

Rumänische Front: Südlich des Uzfusses versuchte der Feind unsere Stellungen anzugreifen, wurde aber abgeschlagen. Auf dem übrigen Teil der Front Feuerwechsel zwischen Erkundungs- und Aufklärungsabteilungen.

Kaukasusfront: In der Gegend von Pendjevine bei dem Dorf Gangadschi, 15 Werst südlich von Baku, schlugen unsere Truppen türkische Angriffe zurück. In der Gegend von Khanekin besetzten unsere Truppen Mianduab, Tschalab und Seewsud und verfolgten die türkischen Truppen, die sich auf Kadschadschirin zurückzogen. Im Schwarzen Meer vernichtete eins unserer Torpedoboote am anatolischen Ufer 2 beladene Barken und zerstörte durch Artilleriefeuer zwei Schuppen in der Nähe von Karassunun.

Die Botschaft Wilsons.

Amsterdam, 3. April. Nach Meldungen aus englischer Quelle gab Wilson in seiner Botschaft an den Kongreß, die er persönlich verlas, zunächst einen Überblick der Ereignisse, bevor die heutige Lage eintrat. Die Vereinigten Staaten wären genötigt gewesen, in den europäischen Konflikt einzugreifen und zu einer tragischen Aktion überzugehen. Aber die amerikanische Republik stehe dem deutschen Volke nicht feindselig gegenüber, mit dem sie keinerlei Zwist gehabt habe. Der Krieg sei verursacht worden durch dynastische Interessen „wie in den Zeiten unserer Vorfahren". Die Nationen hätten die Eroberungspolitik eines Nachbarstaates nicht dulden können. Die russischen Ereignisse trügen dazu bei, die Vereinigten Staaten in der Ueberzeugung zu bestärken, daß die preußischen Autokraten keine Freunde Amerikas wären und dies niemals sein könnten. Zum Schlusse legte Wilson dar, daß die russischen Ereignisse viel zu dem künftigen Weltfrieden beitragen dürften. Er gab ferner dem Kongresse zu erwägen, daß die letzten Taten Deutschlands lediglich Kriegstaten gegen die Vereinigten Staaten bedeuteten und legte dringend nahe, den Kriegszustand mit Deutschland zu erklären. Wilson betonte, daß die Aufstellung einer Heeresmacht von 500000 Mann als notwendig erachtet werden müsse, und daß die Vereinigten Staaten nach dem Eintreten des Kriegszustandes mit den Nationen zusammenwirken müßten, die gegenwärtig Deutschland bekämpften. Dies Zusammenwirken würde unter anderem einschließen, den Verbündeten Finanzkredit zu sehr günstigen Bedingungen zu gewähren, sowie alles mögliche Kriegsmaterial zur Verfügung zu stellen, während die Flotte an der Bekämpfung der U-Bootgefahr teilnähme.

Washington, 3. April. Reutermeldung. Im Kongreß erklärte Wilson:

Ich habe den Kongreß zu einer außerordentlichen Session einberufen, weil sofort ein ernster politischer Entschluß gefaßt werden muß, wofür ich verfassungsrechtlich die Verantwortung nicht übernehmen kann. Ich unterbreitete Ihnen am 3. Februar eine außerordentliche Anzeige der deutschen Regierung, daß sie beabsichtige, ab 7. Februar alle rechtlichen und humanitären Beschränkungen beiseite zu setzen und alle Schiffe, die versuchten, die feindlichen Häfen zu erreichen durch U-Boote zu versenken; das schien in einer früheren Kriegsphase bei Kriegszeit der deutschen U-Boote zu sein aber seit April 1916 erfolgte die deutsche Regierung den Kommandanten der U-Boote gewisse Beschränkungen auf, gemäß dem uns gegebenen Versprechen.

Die neue deutsche Politik hob jene Beschränkung auf. Schiffe aller Art wurden skrupellos und ungewarnt versenkt, ohne daß man daran dachte, den an Bord befindlichen Personen zu Hilfe zu kommen, und neutrale und bewaffnete Schiffe wurden ebenso wie Schiffe von Kriegführenden, selbst Hospitalschiffe, die mit einem Freigeleit von der deutschen Regierung versehen waren, mit derselben Mitleids- und Prinzipienlosigkeit versenkt. Das Völkerrecht hat sich mühsam entwickelt mit Resultaten, die dürftig genug waren. Aber die deutsche Regierung hat auch dieses Minimum an Recht unter den Vorwande der Wiedervergeltung und Notwendigkeit aufgehoben, weil sie keine Waffen besaß, die auf der See verwendet werden können, außer denjenigen, die nicht angewendet werden dürfen, wie Deutschland sie jetzt anwendet, nämlich ohne Berücksichtigung aller Erwägungen der Menschlichkeit oder Abmachungen, auf denen der Weltverkehr begründet ist.

Ich denke jetzt nicht an die materiellen Verluste, so ernst sie sind, sondern nur an den allgemeinen Untergang von Nichtkämpfern, Männern, Frauen und Kindern. Jede Nation muß sich selbst entscheiden, wie sie dieser Herausforderung begegnen will. Unsere Wahl muß mit Mäßigung getroffen werden, entsprechend unserem Charakter und unseren Motiven als Nation. Wir müssen uns von übergroßer Erregung frei halten. Unser Motiv ist nicht Rache oder das Prinzip brutaler Gewalt, sondern wir treten für die Menschenrechte ein.

Als ich im letzten Februar vor dem Kongreß sprach, glaubte ich, daß es genügen werde, unsere neutralen Rechte durch Bewaffnung der Schiffe zu sichern. Aber eine bewaffnete Neutralität erscheint gegenwärtig unnütz. Es ist unmöglich, Schiffe gegen die Angriffe der deutschen U-Boote zu verteidigen. Es entspricht der gewöhnlichen Klugheit zu versuchen, sie zu zerstören, bevor sie ihre Absicht erkennen lassen. Die deutsche Regierung leugnet das Recht der Neutralen, in der Sperrzone überhaupt Waffen anzuwenden, um die Rechte zu verteidigen, die kein moderner Jurist jemals bestritten hat.

Deutschland zeigt an, daß die Eskorten zum Schutze der Schiffe wie Piraten behandelt werden würden. Angesichts solcher Anmaßung ist die bewaffnete Neutralität mehr als unnütz. Wenn wir uns dem unterwerfen, würden wir unsere heiligsten nationalen Rechte verlassen. Deshalb bitte ich den Kongreß, nicht nur um das Land in den vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch seine Hilfsquellen zu verwenden, um Deutschland zu zwingen, die Bedingungen zur Beendigung des Krieges anzunehmen. Der Kriegszustand würde ein enges Zusammenwirken mit den anderen Deutschland bekämpfenden Regierungen herbeiführen, indem wir ihnen liberale Finanzkredite gewähren und ihnen die Organisation zur Mobilisierung aller materiellen Hilfsquellen des Landes zur Verfügung stellen, um Kriegsmaterial zu liefern, und auch die reichliche aber wirksamste Art den anderen Bedürfnissen der Nationen zu dienen. Eine weitere Folge des Kriegszustandes würde die sofortige vollständige Ausbildung der Flotte namentlich mit Mitteln sein, um die feindlichen U-Boote zu bekämpfen, und ferner eine sofortige Heeresvermehrung um mindestens 500 000 Mann mit der Ermächtigung, die Streitmacht den Bedürfnissen entsprechend weiter zu vermehren. Nach Ansicht des Präsidenten sollten die Soldaten nach dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht ausgehoben werden.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke. Die deutsche Regierung zwang den Krieg ohne Zustimmung, Kenntnis und Billigung des Volkes. Der Krieg wurde beschlossen von den Machthabern, provoziert und geführt im Interesse der Dynastien und einer kleinen Gruppe ehrgeiziger Männer, die gewohnt sind, ihre Landsleute als Werkzeuge zu benutzen. Die Empfindung der Amerikaner ist, daß unsere Hoffnung auf den künftigen Weltfrieden eine Bereicherung erfahre durch die wunderbar ermutigenden Ereignisse in Rußland. Dort haben wir die würdigen Teilnehmer am Ehrenbunde (wörtlich: fit partner for league honour). Wir stehen jetzt im Begriffe, den Kampf mit dem natürlichen Feinde der Freiheit aufzunehmen, und werden nötigenfalls die ganze Kraft der Nation aufwenden, um seine Machtansprüche zu vereiteln. Wir bahichtigen keine Eroberungen, wir sind nur einer der Verkämpfer der Menschenrechte und werden zufrieden sein, wenn diese Rechte gesichert sind. Wilson fügte hinzu, daß Oesterreich tatsächlich nicht im Sechtige gegen amerikanische Bürger begriffen ist. Er wolle die Erörterung über die Beziehungen mit Wien aufschieben. Wilson schloß, Amerika werde für die teuersten Güter kämpfen, nämlich für die Demokratie und die Rechte und die Freiheiten kleiner Nationen.

Washington, 3. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Sobald Wilson nach seiner Ansprache den Kongreß verlassen hatte, brachte der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Flood, seine Resolution ein, die den Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten beider Häuser überwiesen wurde. Die Sitzung wurde darauf vertagt.